

## Beteiligungsformate aus Sicht der sächsischen Kommunen

**David Gäbel**

Dieser Beitrag erkundet, welche Erfahrungen zur Durchführung von Bürgerversammlungen im Sinne informeller Bürgerbeteiligung bereits in Sachsens Städten und Gemeinden bestehen. In den Blick genommen wird, wie Dialogformate seitens der Städte und Gemeinden bewertet werden und welche Unterstützungsbedarfe sie für zukünftige Dialogprozesse sehen.

Für die politischen Akteure im kommunalen Kontext Sachsens wurde der Handlungsbedarf ersichtlich, in Krisensituationen frühzeitig eine weitere Eskalation von Konflikten zu verhindern und in eine möglichst konstruktive Problemlösung zu überführen. Die kommunikative Bearbeitung von Krisen kann dabei vielfältig und anhand unterschiedlich-synergetischer (Beteiligungs-)Formen kommunal umgesetzt werden. So können sich je nach Einsatzzeitpunkt [1], Zielstellung und Zielgruppe [2], unterschiedliche Dialogformate als nicht oder als besonders geeignet, erweisen. Die kommunalen Verantwortungsträger/innen scheinen für diese Herausforderung unterschiedlich gut gerüstet. Da überblickende empirische Befunde zum Freistaat Sachsen bisher nicht verfügbar waren, wurden diese von den Verfassern im Rahmen der »Sächsischen Bürgerdialog-Studie« [3] erhoben [4].

### Wer hat an der Studie teilgenommen?

Es wurden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bzw. leitende Verwaltungsangestellte von 419 sächsischen Kommunen angefragt, wovon 128 (29%) Kommunen teilgenommen haben [5]. Die verbliebenen Antworten verteilten sich zu 56% auf kleine Gemeinden unter 5000 Einwohner/innen (Ew), 37% auf Kleinstädte unter 20.000 Ew, 6,3% auf Städte unter 50.000 Ew und 0,8% auf Mittelstädte unter 100.000 Ew [6]. Zudem sind aus allen 10 Landkreisen Städte und Gemeinden in der Erhebung vertreten. Daher sind die vorliegenden Befunde vor allem für den ländlichen und kleinstädtischen Raum in Sachsen aussagekräftig.

### Wieviel und welche Erfahrungen haben sächsische Kommunen bisher gemacht?

Die überwiegende Mehrheit von 88% der Gemeinden hat bereits Erfahrungen mit der Durchführung von Bürgerversammlungen gemacht. Insgesamt zeigten lediglich 9% der Befragten bisher keine derartigen Erfahrungen auf. Mit „Versammlung“ ist in diesem Zusammenhang eine öffentliche Zusammenkunft von und mit Bürgerinnen und Bürgern gemeint, die von einer Verwaltung ausgehend, face-to-face erfolgt. Die Gemeinden ohne Erfahrung bzw. durchgeführter Bürgerversammlungen sind den kleinsten und kleineren Kommunen zuzuordnen.

Nach der Anzahl von Bürgerversammlungen, haben ein Drittel der Kommunen wenig (unter 1 Veranstaltung/ Jahr) oder keinerlei Erfahrungen, wobei die Mehrheit mit 44% grundlegende Erfahrungen (1 - 3 Veranstaltungen/ Jahr) aufweisen. Die übrigen Kommunen (23%) zeigen die höchsten Erfahrungswerte auf, indem sie zwischen 4 bis 6 Veranstaltungen im Jahr realisiert haben. Hier steigt die Anzahl von Bürgerversammlungen mit steigender Kommunengröße an.

Dreiviertel der Gemeinden machten dabei sehr gute und gute Erfahrungen. Die restlichen Kommunen zeigten nur mittelmäßige Eindrücke und einige wenige schlechte Erfahrungen auf. Interessanterweise machten die Gemeinden mit den meisten Veranstaltungen auch die besten Erfahrungen. Es zahlt sich also aus, Bürgerversammlungen bzw. Beteiligungsformate längerfristig anzubieten. Vor allem kleinere Kommunen benötigen dabei weitere (externe) Unterstützung.

### Wer soll moderieren?

Mit über 72%, wurde die Moderation durch den jeweiligen Bürgermeister oder die jeweilige Bürgermeisterin präferiert. Dies verweist auf eine interne (Gestaltungs-)Perspektive. Die Kenntnis von lokalen Problemlagen sowie bestehende Erfahrungen mit der Bürgerschaft und spezifisches soziales Kapital können innerhalb von Beteiligungsformaten vorteilhaft sein, zugleich gehen die notwendige Allparteilichkeit und zielgerichtete Objektivität verloren. Eine notwendige Rollenklarheit der Pole: Bürgermeister/in zwischen Expert/in und Moderation geht auf diese Weise, meist auf Kosten der Transparenz und Klarheit des Formates verloren und kann damit die Wirksamkeit erheblich beeinträchtigen.

Andererseits wird bei 62% der Antworten die Einsetzung einer externen Moderation befürwortet, welche unter anderem mit Neutralität, Objektivität und einer operativen Moderationsprofessionalität verbunden ist. Einen geringeren Stellenwert hat die Moderation lediglich in 4% der Kommunen. Die Reichweite externer Unterstützer/innen und die Bedeutsamkeit von Moderation innerhalb von Beteiligungsformaten wird generell hoch eingeschätzt. Zudem kann intern Motivation und Interesse für Beteiligungsverfahren, also seitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Verwaltungen, vor allem durch externe Unterstützung und Moderation, geweckt oder verstärkt werden.

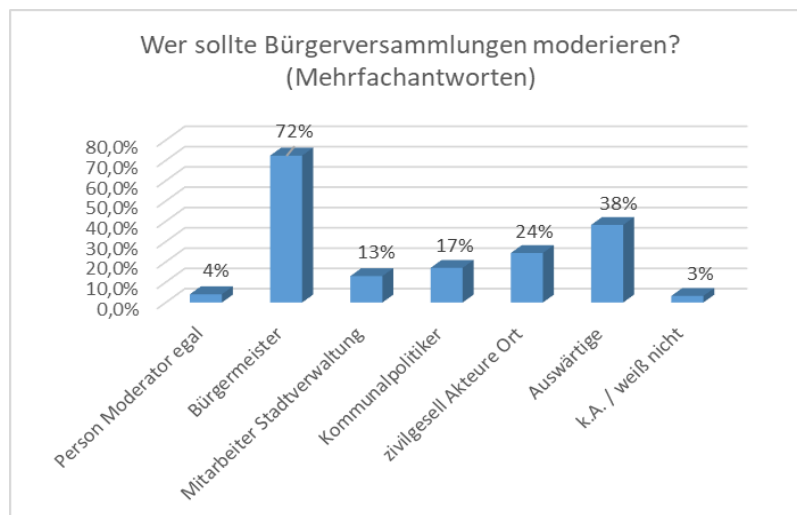


Abbildung 1: Eigene Darstellung

## Welche Wissensbestände bezüglich dialogorientierter Formaten bestehen?

Die Formate «Podiumsdiskussion», «Zukunftswerkstatt» und «Online-Dialog» waren bei den Befragten am bekanntesten. Diesen Formaten wurde zudem die höchste Anwendungswahrscheinlichkeit zugeschrieben [7]. Die Zukunftswerkstatt sowie die Podiumsdiskussion würden 82% und 62% der sächsischen Kommunen gern anbieten. Mit größerem Abstand folgt mit 32% der Gesamtantworten, die mögliche Initiierung eines Online-Dialogs. Für die übrigen 4 Formate lag die Bereitschaft zum zukünftigen Angebot bei 20% für das World-Café Format bis hin zu lediglich 6% für die Dilemma-Diskussion:

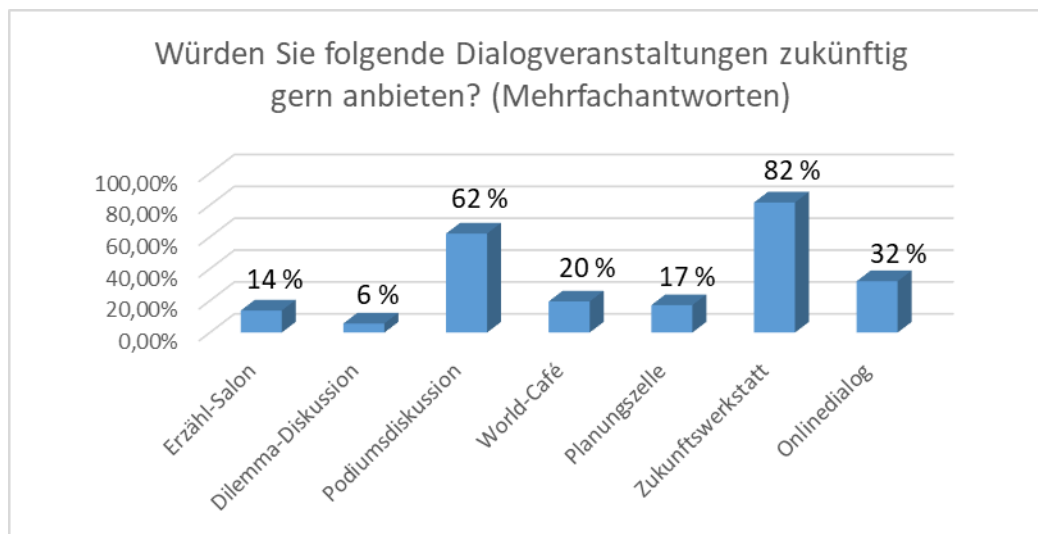


Abbildung 2: Eigene Darstellung

Neben der niedrigen Bereitschaft zum Angebot der 4 Formate ist jedoch auch die direkte Ablehnung dieser gering. Ursache hierfür ist die überwiegende Unbekanntheit verschiedener Dialogformate, denn beispielsweise sind Planungszelle, Erzähl-Salon sowie Dilemma-Diskussion bei 41% der Kommunen unbekannt. Sobald deren (situationsgerechte) Anwendung und potentielle Wirksamkeit verdeutlicht wird, kann von einer Anwendungszunahme ausgegangen werden. Hier zeigt sich ein Weiterbildungsbedarf zur Vielfalt von Dialogformaten sowie deren geeigneter Anwendung im Kontext von kommunal-situativen Rahmenbedingungen, jeweiliger Konfliktphasen und konkreter Praxisbeispiele.

Mit Dialogformaten werden dabei spezifische Formen der Kommunikation bezeichnet, die eine bestimmte Versammlungskonzeption zur Folge haben und damit spezielle Stärken und Schwächen aufzeigen. In ihrer Struktur zeigen sie mindestens einen Austausch auf (Gegenseitigkeit), der nicht zwingend face-to-face (Online-Dialoge), aber kommunikativ erfolgt.

## Wie bewerten Kommunen Dialogveranstaltungen?

Mehr als die Hälfte der Kommunen sehen Dialogformate zur Konfliktlösung als sehr hilfreich bzw. hilfreich an. Auch der Stellenwert wird bei 50% als sehr wichtig bzw. wichtig angegeben. Hingegen erwarten lediglich 17% (22) eine sehr hohe bzw. hohe Nachfrage seitens der Bürgerschaft.

Demnach werden kommunale Dialogformate überwiegend als hilfreiche Konfliktlösungsansätze und wichtige kommunale Aufgabe erachtet. Die Nachfrage seitens der Bürgerschaft wird hingegen – vor allem bei kleineren Kommunen – deutlich schwächer eingeschätzt. Prinzipiell sind also auch kleinere sächsische Kommunen offen für Dialogveranstaltungen. Dem entgegen steht jedoch die Annahme mangelnder Nachfrage.

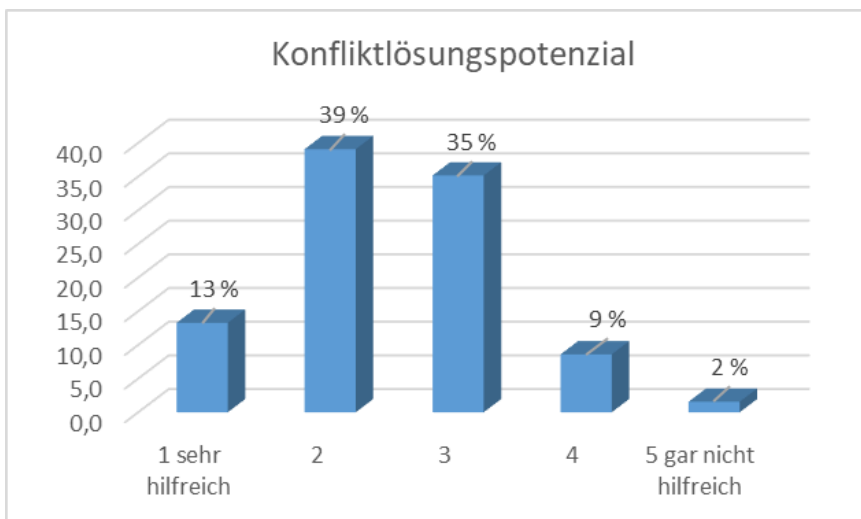


Abbildung 3: Eigene Darstellung

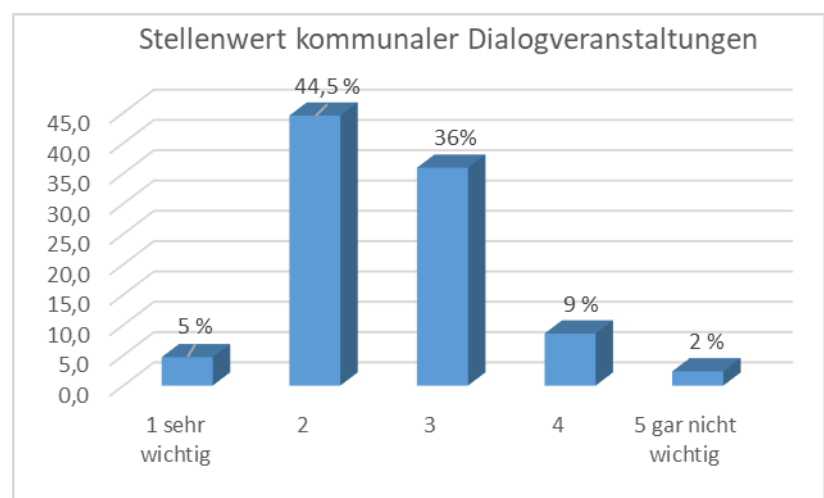


Abbildung 4: Eigene Darstellung

## Welche Weiterbildungsbedarfe und Kommunikationskanäle gibt es?

Weiterbildungsangebote zur Durchführung von Dialogveranstaltungen werden insgesamt als wichtig erachtet. Von der Mehrzahl (63%) der Kommunen werden vor allem Angebote für Bürgermeister als sehr wichtig und wichtig erachtet, nicht zuletzt, weil mit ihnen die Aufgabe einer Initiierung und Organisation von Dialogformaten verbunden wird. Es besteht also ein grundlegendes Interesse an Dialogveranstaltungen bei einer gleichzeitigen Weiterbildungsbereitschaft.

Das größte Interesse zu Schulungsinhalten im Kontext von Dialogveranstaltungen besteht hinsichtlich der Deeskalation von Konflikten und zeigt damit einen Bedarf an Ansätzen, Konflikten aktiv zu begegnen.

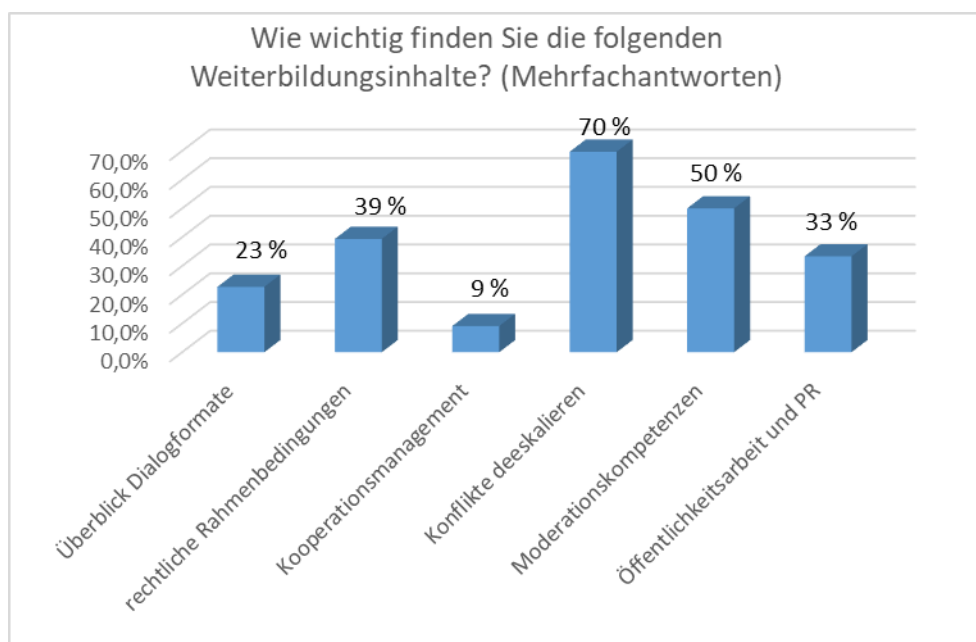


Abbildung 5: Eigene Darstellung

Jede 2. Angabe entfiel auf »Moderationskompetenzen«, was auf eine eigens zugeschriebene Moderationstätigkeit hinweist. Die Schulungsinhalte »rechtliche Rahmenbedingungen« und »Öffentlichkeitsarbeit und PR« wurde von 39% und 33% der Kommunen als sehr wichtig erachtet. Handlungssicherung und rechtliche Orientierung sind für Verwaltungen (Kommunen) ein wesentlicher Arbeitsinhalt, sodass die ausgeprägte Bedeutungsbeimessung nicht verwundert.

Die »Bürgersprechstunde« (92%) sowie »inoffizielle Treffen« (82%) sind die am häufigsten genutzten Kommunikationskanäle. Die im Anschluss am häufigsten angewendeten Formen sind »Arbeitsgruppen«, »Netzwerke mit Verantwortungsträger/innen« sowie »Onlineangebote«, die von jeweils ca. 50% der Kommunen angegeben werden. Diskussionsveranstaltungen werden im Vergleich zu Bürgersprechstunden, Arbeitsgruppen oder Netzwerktreffen insgesamt weniger genutzt.

Diese bisherige, verminderte Rolle hinsichtlich (situationsgerechter) Anwendung und der Kenntnis der Diversität der Formate, zeigt zunächst eine Wissens- und Erfahrungslücke auf, die geschlossen werden sollte, um die zukünftige Nutzung und Etablierung von Dialogveranstaltungen zu stärken.

## Fazit

In der Zusammenführung der Befunde ergibt sich folgendes Bild: Kommunale Dialogformate etablieren sich in Sachsens Kommunen bereits mehrheitlich, sind aber keine Routine. Die Erfahrungen mit dieser Form der freiwilligen Bürgerbeteiligung werden generell eher positiv eingeschätzt. Versuche kommunikativer Krisenbewältigung, wie sie im Kontext der kommunalen Asyldialoge 2015 [8] in vielen Kommunen stattfanden, zeigen jedoch eine eher durchmischte Bilanz. Dialogformaten wird insgesamt eine hohe potenzielle Konfliktlösungskompetenz sowie ein hoher Stellenwert im gesamten kommunalen Aufgabenspektrum beigemessen. Kleine Kommunen schätzen die Nachfrage zu Dialogformaten dabei geringer ein.

Die hohe zugesprochene Relevanz der Durchführung von Beteiligungsformaten wird von den Befunden der politischen Kulturforschung gestützt, welche zeigen, dass ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger eine eher unkonventionelle Partizipationsbereitschaft aufweisen. Während die Wahlbeteiligung und die Parteienbindung im Osten Deutschlands geringer ausfallen, liegt beispielsweise die Bereitschaft zur Partizipation bei Demonstrationen und Unterschriftensammlungen über dem Bundesdurchschnitt [9]. Aufgrund dieser Befunde muss davon ausgegangen werden, dass der Druck auf die Gemeinden, den Partizipationswünschen auf friedliche und demokratieförderliche Art und Weise nachzukommen, sehr hoch ist. Ein Ansatzpunkt zur Bewältigung dieser Problematik stellt die gezielte Einbindung gesellschaftlicher Multiplikatoren als »Stützen der Gesellschaft« dar. Gleichzeitig ergeben sich auf lokaler Ebene sehr wertvolle Potenziale für positive Begegnungen mit der »demokratischen Ordnung«, welche die Rechte und Freiheit jedes Menschen bewahren und die Gesamtheit aller Bürgerinnen und Bürgern als Ausgangspunkt staatlichen Handelns definiert. Damit diese Potenziale jedoch verwirklicht werden können, ist es unabdingbar, passgenaue und kompetent durchgeführte Formate anzuwenden. Die Sächsische Bürgerdialog-Studie zeigt Nachholbedarf auf: Vielfalt und Wirkungsweisen der Formate sind über die gesamten Kommunen hinweg zu einem Großteil unbekannt. Es ist daher sehr begrüßenswert, dass die kommunalen Akteure die entsprechende Bereitschaft zur Weiterbildung äußerten. Diesbezüglich wird es weitere Seminarangebote geben – mit dem Anspruch, die Lücke einer situationsgerechten und damit passgenauen Formatanwendung zu verringern. Seminare, welche durch das KDZ-Projekt durchgeführt wurden und zukünftig folgen werden, sind thematisch an der adäquaten Formatanwendung je nach Situation und Konfliktphase vor Ort, an der bedeutsamen Rolle und Reichweite externer Moderation, an den Regeln zur Organisation und Durchführung von Dialogverfahren sowie an den Potenzialen kommunaler Bürgerbeteiligung ausgerichtet [10].

Innovative Beteiligungsformate wie Bürgerdialoge müssen dabei in eine ganzheitliche Entwicklung der kommunalen Akteure eingebettet sein. So wird sichtbar, dass eine veränderte Außenkommunikation zu Bürger/innen nur gelingen kann, wenn flankierend verwaltungsinterne Hemmnisse verringert und Beteiligungskompetenzen ausgebaut werden. Zudem sollten die regionalen zivilgesellschaftlichen Netzwer-

ke dergestalt eingebunden werden, dass eine lösungsorientierte und kooperative Zusammenarbeit stattfindet. Kommunale (Dialog-)Ansätze sind insgesamt besser umsetzbar, wenn transparente und authentisch-informierende Erklärungen zu möglichen (politischen) Entscheidungen und Sachlagen eine Dialog- und Debattenkultur ermöglichen, welche aufrichtig an die Bürgerschaft gerichtet ist. Problemlagen und Ängste werden dabei weder übersteigert und instrumentalisiert noch herabgesetzt und bagatellisiert. Im Umkehrschluss sollte dies mit einem professionellen Einsatz von Dialogformaten einhergehen und auf einer argumentativen und zielorientierten Sach- oder Beziehungsebene eingefangen werden. Im Grunde entfaltet sich hierbei im besten Sinne gelebte Responsivität des politischen Systems bei gleichzeitig verantwortungsbewusster politischer Führung. Das heißt seitens der gewählten Repräsentant/innen sollte die Offenheit bestehen, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen sowie die damit verbundene Bereitschaft gegeben sein, konkrete Problemlösungen anzustreben. Entwicklungen sollten an die Bürgerinnen und Bürger stets transparent zurückgemeldet und somit Offenheit, Bereitschaft und Lösungsansätze erfahrbar gemacht werden. Somit werden innerhalb der Bürgerschaft Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglicht.

Nur durch eine Dialogkultur über lange Zeiträume hinweg kann der in Sachsen so augenscheinlichen gesellschaftlichen Polarisierung – als die Verstärkung und Verhärtung von Meinungsunterschieden – entgegengewirkt werden. Letztlich sind Dialogformate bedeutsame Instrumente und öffentliche Räume der Begegnung, die im Stande sind, einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes zu leisten. Eine Flankierung durch weitere Angebote zur politischen (Erwachsenen-) Bildung und zur Aufarbeitung historischer bzw. biographischer Bruchlinien, welche immer wieder zu vernehmen sind [11], wäre dabei wünschenswert und vermutlich auch unabdingbar.

## Anmerkungen

---

[1] Beispielweise können jeweils unterschiedliche Beteiligungs- und Dialogformate je nach verschiedenen Zeitpunkten in einem Krisenverlauf angewandt werden. Siehe dazu ausführlich Hetze (2019): Versammlungen in Krisenzeiten. In Bochmann, C. & Döring, H. (Hrsg.), Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten, Wiesbaden.

[2] So können neben der gesamten Bürgerschaft einer Gemeinde beispielsweise auch ehrenamtlich Tätige und damit natürlich unterschiedliche Gruppengrößen adressiert werden.

[3] Zum umfassenden Artikel der Studie siehe hierzu: Bochmann und Gäbel (2019): Bedarfe an neuen Beteiligungsformaten aus Sicht kommunaler Verantwortlicher in Sachsen, In Bochmann, C. & Döring, H. (Hrsg.), Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten, Wiesbaden.

[4] Zur Bürgerbeteiligung aus kommunaler Sicht, veröffentlichte „NeulandQuartier“ und „pollytix“ im Mai 2018 deren Studie, welche jedoch bundesweit angelegt war und Kommunen ab 20 000 Einwohner in den Blick nahm. Im Vordergrund steht hier die informelle Bürgerbeteiligung, welche einen hohen Stellenwert seitens der Kommunen in Ost- und Westdeutschland beigemessen wird. Online unter: [https://cdn2.hubspot.net/hubfs/5112628/NeulandQuartier\\_March2019/PDF/pdf\\_studie.pdf](https://cdn2.hubspot.net/hubfs/5112628/NeulandQuartier_March2019/PDF/pdf_studie.pdf), Zugriffen: 01.08.2019; Siehe hierzu auch den Beitrag von Stefan Kaletsch (2018) „Bürgerbeteiligung auf kommu-

naler Ebene“ im „eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung“ 02/2018 vom 13.07.2018. Online unter: [https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter\\_beitraege/2\\_2018/nbb\\_beitrag\\_kaletsch\\_180713.pdf](https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/2_2018/nbb_beitrag_kaletsch_180713.pdf), Zugegriffen: 19.09.2019.

[5] Die von „NeulandQuartier“ und „pollytix“ veröffentlichte Studie zeigt ebenfalls einen Zusammenhang zwischen Beteiligungspraxis und Kommunengröße an, indem kleinere Kommunen eine deutlich geringe Erfahrungspraxis aufweisen als Kommunen mit 50000 und mehr Einwohnern. Hieraus ergibt sich die Annahme einer niedrigeren Professionalisierung hinsichtlich der Durchführung zu Dialogformaten.

[6] Diese Verteilung der Gruppengrößen ist der Grundgesamtheit aller sächsischen Gemeinden sehr ähnlich. Theoretisch wäre eine Gewichtung entlang der Gemeindegröße mit Werten von 1,11 bis 0,71 denkbar. Allerdings wird im Folgenden auf eine solche „Redressement“-Gewichtung verzichtet, weil nicht bekannt ist, ob systematische Unterschiede innerhalb der Gruppen zwischen Teilnehmern und den Ausfällen existieren. Siehe dazu Arzheimer (2009, S. 361).

[7] Nachfolgend beziehen sich auch hier die Angaben auf die Ausschöpfung von 128 sächsischen Kommunen, jedoch liegen die nicht gültigen Antworten zu allen Formaten durchschnittlich bei 20% und sind der Merkmalsausprägung »k. A./weiß nicht« oder keinerlei Angaben zuzuordnen. Ursachen hierfür können im Ausfüllen durch Mitarbeiter liegen, die zu einer möglichen Durchführung keine Entscheidungsbefugnis aufweisen oder indem die Kategorie »k. A./weiß nicht« mit der Kategorie »Format unbekannt« gleichgesetzt wird.

[8] Grundlegend flossen die Erfahrungen der Moderation zu jenen Bürgerversammlungen in die Veröffentlichung bei Schumacher (2019) ein. Weiterhin ist aus den zahlreichen Erfahrungen zu kontroversen Bürgerversammlungen ein „Leitfaden zur Organisation und Moderation von kontroversen Bürgerversammlungen“ entstanden, der öffentlich verfügbar ist: <https://www.slpb.de/veranstaltungen/auf-anfrage/kommune-im-dialog/leitfaden-zur-organisation-und-moderation-von-kontroversen-buergerversammlungen/>

[9] Nähere Ausführungen finden sich bei De Nève in „Politische Partizipation in Deutschland – zwischen post-demokratischer Apathie und neodemokratischem Aufbruch“ sowie bei Neumann, A. (2019) in Bochmann, C. & Döring, H. (Hrsg.), Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten, Wiesbaden.

[10] Siehe hierzu das Seminarjahresprogramm des Sächsischen Kommunalen Studieninstitut Dresden (SKSD) auf den Seiten 182 und 183: <https://www.sksd-dd.de/dateien/Aktuelles/ThGesa19.pdf>, Zugegriffen: 23.09.2019. Darüber hinaus werden im Rahmen von Fachtagungen regelmäßig Beiträge zu Fragen einer wirksamen Dialoggestaltung durch das Forschungsprojekt realisiert.

[11] So werden diese beispielsweise durch die sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration Frau Köpping (Köpping 2018) sowie den ehemaligen Leiter der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung Herrn Richter (Richter 2019) immer wieder festgestellt und deren Aufarbeitung eingefordert.



## Literatur

---

- Arzheimer, K. (2009): Gewichtungsvariationen. In: Schoen et al. (Hg.) S. 361-388.
- Bochmann, C./Gäbel, D. (2019): Bedarfe an neuen Beteiligungsformaten aus Sicht kommunaler Verantwortlicher in Sachsen, In Bochmann, C. & Döring, H. (Hrsg.), Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten, Wiesbaden.
- De Nève, D. (2017). Politische Partizipation in Deutschland – zwischen post-demokratischer Apathie und neodemokratischem Aufbruch. In T. Olteanu, T. Spöri, F. Jaitner & H. Asenbaum (Hrsg.), Osteuropa transformiert. Sozialismus, Demokratie und Utopie (S. 173-192). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hetze, W. (2019): Versammlungen in Krisenzeiten. In Bochmann, C. & Döring, H. (Hrsg.), Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Wiesbaden: Springer VS.
- Köpping, P. (2018): Integriert doch erstmal uns! 3. Aufl., Berlin.
- NeulandQuartier, pollytix (2018): Online unter: [https://cdn2.hubspot.net/hubfs/5112628/NeulandQuartier\\_March2019/PDF/pdf\\_studie.pdf](https://cdn2.hubspot.net/hubfs/5112628/NeulandQuartier_March2019/PDF/pdf_studie.pdf), Zugriffen: 01.08.2019.
- Neumann, A. (2019) : Ostdeutsche Besonderheiten? Über Unterschiede politischer Kultur in Ost- und Westdeutschland mit Fokus auf den Freistaat Sachsen. In Bochmann, C. & Döring, H. (Hrsg.), Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten, Wiesbaden.
- Richter, F. (2019): Gehört Sachsen noch zu Deutschland? Meine Erfahrungen in einer fragilen Demokratie, Berlin.
- Sächsischen Kommunalen Studieninstitut Dresden (2019): Online unter: <https://www.sksd-dd.de/dateien/Aktuelles/ThGesa19.pdf>, S. 182f., Zugriffen: 23.09.2019.
- Schumacher, U. (2019) : Erfolgsfaktoren für kommunale Dialogformate. In Bochmann, C. & Döring, H. (Hrsg.), Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten, Wiesbaden.
- Stefan K. (2018): Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene. In „eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung“ 02/2018, Online unter: [https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter\\_beitraege/2\\_2018/nbb\\_beitrag\\_kaletsch\\_180713.pdf](https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/2_2018/nbb_beitrag_kaletsch_180713.pdf), Zugriffen: 19.09.2019.

### **Autor**

---

**David Gäbel M.A.**, studierte Soziologie sowie Weiterbildungsforschung und Organisationsentwicklung an der Technischen Universität Dresden und war anschließend als kommunaler Integrationskoordinator am Landratsamt Mittelsachsen tätig. Seit Ende 2018 arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt „Krisen-Dialog-Zukunft“ am Institut für Politikwissenschaft der TU-Dresden, wo er zur Wirkung von Konfliktdialogen im Kontext von Krisenzeiten forscht.

### **Kontakt**

David Gäbel  
TU Dresden Projekt Krisen-Dialog-Zukunft  
[krisen-dialog-zukunft@mailbox.tu-dresden.de](mailto:krisen-dialog-zukunft@mailbox.tu-dresden.de)

### **Redaktion eNewsletter**

---

Netzwerk Bürgerbeteiligung  
c/o Stiftung Mitarbeit  
Redaktion eNewsletter  
Ellerstraße 67  
53119 Bonn  
E-Mail: [newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de](mailto:newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de)